



Geschäftsführung Stadtentwicklungsausschuss

Ansprechpartner: Herr Menne

Telefon: (0221) 221-23148
Fax : (0221) 221-24447
E-Mail: dieter.menne@stadt-koeln.de

Datum: 15.08.2007

Auszug

aus dem Entwurf der Niederschrift der 30. Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses vom 09.08.2007

öffentlich

6.7 Wohnungsbauprogramm 2015 Ds-Nr.: 0723/007

Frau Kröger weist auf einen Fehler in Anlage 3.1 des Wohnungsbauprogramms 2015 hin. Bei der Fläche „Kinderheim Sülz“ ist zwar zwischen Einfamilienhäusern und Geschosswohnungsbau unterschieden worden, aber der Anteil, der öffentlich gefördert werden soll, wurde versehentlich nicht ausgewiesen. Dieser Fehler wird im weiteren Verlauf korrigiert werden.

RM Dr. Bürgermeister begrüßt für die SPD-Fraktion die Vorlage. Sie hebt insbesondere zwei Punkte hervor. Zum einen geht es um die Frage der Zuverlässigkeit der Zahlen aus dem Wohnungsgesamtplan. Es muss überprüft werden, inwieweit die Einschätzungen von damals heute noch stimmen. Zum anderen geht es darum, dass der preiswerte bzw. öffentliche Wohnungsbau in den letzten Jahren zurückgegangen ist. Es ist unbedingt erforderlich, hier differenziert und zielorientiert zu planen, um Investoren zu motivieren, im sozialen bzw. öffentlich-geförderten Wohnungsbau zu investieren.

RM Moritz sieht für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen diese Vorlage vom Grundsatz ebenfalls positiv. Sie hebt ausdrücklich hervor, dass mit dieser Aussage jedoch noch keine Zustimmung zu allen im Konzept genannten Flächen verbunden ist. Sie kritisiert, dass grundsätzlich zuviel in die Fläche nach außen gegangen wird und die Innenverdichtung zu wenig Berücksichtigung findet.

Vorsitzender Klipper führt für die CDU-Fraktion aus, dass zu einem solchem Konzept, das bis in das Jahr 2015 reicht, immer zwei Partner gehören, zum einen derjenige der nachfragt und bezahlt und zum anderen derjenige, der investiert. Nach seinen Erfahrungen ist er skeptisch, dass das Konzept in dieser Form umgesetzt werden kann. Da in früheren Jahren viele Menschen aus Mangel an Einfamilienhäusern ins Umland abgewandert sind, hält er es für

besonders wichtig, dass mit diesem Konzept auch erreicht wird, dass im Stadtgebiet Köln neue Einfamilienhäuser und Eigentumswohnungen gebaut werden.

RM Sterck äußert sich für die FDP-Fraktion ebenfalls lobend zu diesem vorliegenden Wohnungsbauprogramm. Er nimmt Bezug auf Seite 13 des Konzeptes und bedauert, dass in der Vergangenheit die vorgegebenen Ziele hinsichtlich der Realisierung des Geschosswohnungsbaus und des Baus von Ein- bzw. Zweifamilienhäusern nur sehr selten erreicht worden sind.

RM May vermisst in diesem Konzept den Begriff „behindertengerechtes Wohnen“, der nicht mit dem Begriff „barrierefrei“ verwechselt werden darf. Sie bittet, die Thematik „behindertengerechtes Wohnen“ im weiteren Verfahren noch in dieses Konzept einzubeziehen.

BG Streitberger führt aus, dass die Verwaltung die „Barrierefreiheit“ auch als „Behindertengerechtigkeit“ ansieht. Beispielsweise kann in einem viergeschossigen Haus ohne Aufzug im Erdgeschoss barrierefreies bzw. behindertengerechtes Wohnen angeboten werden. Aus Sicht der Verwaltung ist es nicht erforderlich, noch eine zusätzliche Kategorie „behindertengerechtes Wohnen“ einzurichten.

Seniorenvertreter Baatz vermisst im Kapitel „A 6.2 Neue Wohnformen“ die Wohnform „Wohnen für Hilfe“. Es handelt sich hierbei um ein generationsübergreifendes Wohnprojekt in Kooperation zwischen der Seniorenvertretung und der Universität zu Köln, das bisher vom Land NRW finanziert wird. Dieses Projekt hat in Köln bisher 40 Wohnpartnerschaften geschaffen und ist im Begriff, eine echte alternative Wohnform zwischen Studenten und Senioren zu werden. Er regt an, auch diese Wohnform in das Wohnungsbauprogramm 2015 aufzunehmen.

RM May bittet um eine schriftliche Stellungnahme der Verwaltung, wie hoch der Bedarf sowohl an „barrierefreien“ als auch „behindertengerechten“ Wohnungen ist.

Beschluss:

Der Stadtentwicklungsausschuss verweist den Punkt mit den in der Sitzung vorgetragenen Anmerkungen zur Anhörung in die Bezirksvertretungen 1 bis 9 sowie die Ausschüsse Bauen und Wohnen, Verkehr sowie Soziales und Senioren.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.